



Positionspapier zu Lateinamerika: Neue Impulse für eine vertiefte Zusammenarbeit

Positionspapier der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Beschluss vom 20. Juni 2017

Kernbotschaften:

- Lateinamerika ist in einer volatiler gewordenen Welt trotz mancher sozialer und wirtschaftlicher Probleme ein relativ stabiler und friedlicher Kontinent. Diesen Zustand gilt es durch partnerschaftliche Zusammenarbeit zu festigen.
- Die historisch-kulturelle Verbundenheit Lateinamerikas und Europas auf der Grundlage des jüdisch-christlichen Menschenbildes bietet einen zentralen Anknüpfungspunkt, bei der Bewältigung globaler Herausforderungen produktiv und gleichgerichtet zusammenzuarbeiten.
- Der auch in Lateinamerika wachsende Wohlstand macht den Kontinent von mehr als 500 Mio. Menschen wirtschaftlich zu einem immer wichtigeren Partner Deutschlands.

Lateinamerika ist in der öffentlichen Wahrnehmung der letzten 20 Jahre etwas in den Hintergrund gerückt. Dies mag einerseits an der geographischen Entfernung liegen - allzu oft bestimmen jedoch auch negative Schlagzeilen zu Armut und Inflation, Korruption, Drogenkriminalität und Bürgerkrieg in unseren Medien noch die Wahrnehmung der Region. Zeitgleich richtete sich der Blick Deutschlands und Europas verstärkt auf andere Teile der Welt, deren Krisen stärkere Auswirkungen auf Europa haben.

Gegenwärtig bietet sich ein günstiges Zeitfenster der Gelegenheit zur Revitalisierung der Beziehungen zwischen beiden Regionen. Denn nach den Wahlsiegen der Oppositionsparteien in Argentinien, Venezuela im Jahr 2015 und 2016 in Peru, den politischen Veränderungen in Brasilien, der relativen politischen Öffnung in Kuba sowie durch den fortschreitenden Friedensprozess in Kolumbien zeichnet sich ein politischer Wandel ab, der sich trotz mancher Rückschläge positiv auf den gesamten Kontinent auswirken könnte. Zusätzlich verändert sich die geopolitische Lage für Lateinamerika. Während die USA unter Donald Trump scheinbar auf Abschottung und Protektionismus setzen und sich von ihren südlichen Nachbarn distanzieren, weitet China seinen Einfluss in der Region aus.

Es gilt daher, einerseits die traditionelle Nähe zwischen Deutschland und Lateinamerika zu vertiefen sowie sie andererseits auch zu nutzen, auch um einen Beitrag zur Bewältigung der globalen Herausforderungen wie z.B. dem Klimawandel zu leisten. Im Bemühen, Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt zu stärken, finden wir in Lateinamerika natürliche außenpolitische Partner. Zudem ist das wirtschaftliche Potential der aufstrebenden Länder Lateinamerikas, ihre Bedeutung für unsere Nahrungsmittel-, Rohstoff- und Energieversorgung und ihre steigende Innovationskraft für Deutschland von strategischem Interesse. Im Weißbuch 2016 hat die Bundesregierung die Bedeutung einer gesicherten Rohstoff- und Energieversorgung deutlich hervorgehoben.

I. Bedeutung Lateinamerikas für Deutschland und die EU: Gemeinsam stark

In der EU und Lateinamerika leben zusammen über 1 Milliarde Menschen; sie produzieren gemeinsam 40 Prozent des Weltsozialproduktes. Die EU und die Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC¹) stellen mit insgesamt 61 Staaten ein Drittel der Mitglieder der Vereinten Nationen, darunter fast die Hälfte der G-20-Staaten und haben damit einen potenziell großen Einfluss auf die multilaterale Lösung globaler Fragestellungen

Die Strategische Partnerschaft zwischen der EU und LAK wurde im Juni 1999 beim ersten EU-LAK-Gipfel in Rio de Janeiro begründet. Beide Regionen arbeiten eng auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem und wissenschaftlich-technologischem Gebiet zusammen. Es besteht ein dicht geknüpftes Netz vielfältiger Beziehungen, Aktivitäten und Kooperationsmechanismen, das die Regierungsebene (Gipfeltreffen alle zwei Jahre, Außenministertreffen, regelmäßige Treffen hoher Beamter, gelegentlich Fachministertreffen) ebenso umfasst wie die Bereiche der Zivilgesellschaften, der Parlamente oder der Unternehmer. Die EU ist zudem der größte EZ-Geber in LAK.

Lateinamerika hat sich immer als Teil der westlichen Welt und der Gemeinschaft der Demokratien verstanden. Gemeinsame Werte auf Grundlage des jüdisch-christlichen Menschenbilds, historisch gewachsene, enge kulturelle, auch sprachliche, Verbundenheit schaffen eine einzigartige Grundlage für die Gestaltung der Zusammenarbeit.

Lateinamerika und die Karibik haben in den letzten Jahren wirtschaftlich und politisch an Gewicht gewonnen. Viele Staaten Lateinamerikas suchen und finden zahlreiche zusätzliche Partner in anderen Weltregionen. Zunehmend integriert sich Lateinamerika in die Weltwirtschaft.

Mit einem Drittel aller Investitionen ist die EU der größte ausländische Investor in der Region. Nach den USA ist die EU der zweitwichtigste Handelspartner Lateinamerikas.

Europa bezieht große Teile seiner Rohstoffe und Lebensmittel aus Lateinamerika. So machen Agrarrohstoffe über 30% der deutschen Importe aus Brasilien und Argentinien aus. Beide Länder sind weltweit die Volkswirtschaften, welche ihre höchsten Überschüsse im Außenhandel mit Nahrungsmitteln erzielen.

Die Region ist ein wichtiger Standort für deutsche Unternehmen. Sie nehmen in einigen lateinamerikanischen Ländern Schlüsselpositionen in bestimmten Industriesektoren ein.

¹ Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten, spanisch: Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños, CELAC

In den beiden größten lateinamerikanischen Volkswirtschaften – Mexiko und Brasilien – erwirtschaften deutsche Tochterfirmen rund 5% des nationalen Bruttonationalproduktes. An der Wertschöpfung des brasilianischen Industriesektors sind deutsche Firmen mit etwa 15% beteiligt.

Lateinamerika ist für Deutschland ein wichtiger Partner in Bildung und Forschung. Daher ist es ermutigend, dass sowohl die Investitionen in die Hochschulbildung als auch die Absolventenzahlen in der Region steigen: Im Jahr 2012 wurden in Lateinamerika mehr als 2 Millionen Bachelor Degrees oder vergleichbare Abschlüsse vergeben, und damit 48% mehr als noch 2004²; Flankiert wurde diese Entwicklung in den vergangenen Jahren in mehreren Ländern durch die Schaffung rechtlicher und organisatorischer Strukturen, die Wissenschaft und Forschung bzw. ihren Institutionen mehr Gewicht verleihen.

Als westliche Wertegemeinschaft stehen wir gemeinsam vor großen Herausforderungen:

Die Ströme von Menschen und Gütern, Kapital und Informationen, die uns verbinden, sind um ein Vielfaches wichtiger geworden als die Kontrolle über geographisch abgegrenzte Räume. Nur ein verlässlicher Rahmen internationaler Regeln kann diese Interkonnektivität und auch die Sicherung globaler Handelsströme dauerhaft gewährleisten. Die fortschreitende Digitalisierung und damit verbundene Fragen der Cybersicherheit betreffen beide Weltregionen. Gleiches gilt für globale Herausforderungen wie den Klimawandel, Umweltverschmutzung und Regenwaldabholzung, die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und des Drogenhandels – sie stellen nicht rein lateinamerikanische, sondern globale Probleme dar – sowie die Gestaltung der globalen Finanzarchitektur. Sie erfordern gemeinsames Handeln.

Auch im Bereich Umwelt-, Klimaschutz und Sicherung der Energieversorgung gilt es, gemeinsame Lösungen zu finden. Dabei sind diese Themenfelder eng verknüpft. So sind Armutsreduzierung, Gesundheitsversorgung oder der Zugang zu Bildung als Ziele nicht ohne eine gesicherte Energieversorgung zu realisieren. Dabei sind Erneuerbare Energien dafür geeignet, Strom auch in sehr ländliche Gebiete ohne Netzzugang zu bringen. Im gemeinsamen Kampf gegen den Klimawandel im Rahmen des Abkommens von Paris von 2015 kommt Lateinamerika aufgrund seiner einmalig großen Waldflächen und der immensen Biodiversität im Amazonasbecken eine besondere Bedeutung zu.

Auf internationaler Ebene steht das westliche Wertesystem zunehmend unter Druck. Denn die seit der Gründung der Vereinten Nationen und durch die Charta von Paris zementierten Grundpfeiler der Internationalen Ordnung gelten nicht mehr als selbstverständlich und werden von einigen Staaten zunehmend in Frage

² Aus: Unesco Science Report 2015, S. 181

gestellt. Diese Systemkonkurrenz spiegelt sich auch in Lateinamerika wider. Festzuhalten gilt, dass Entwicklungsmodelle, die an westlichen Werten orientiert sind, in Lateinamerika Erfolge erzielt haben.

II. Lateinamerika: Herausforderungen und Chancen

Lateinamerika ist weiterhin durch sehr diverse politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungsstände gekennzeichnet. Die Unterschiede von Einkommen und Vermögen sind groß. Besonders armutsgefährdet ist dabei die indigene Bevölkerung. Seit dem Jahr 2000 hat eine leichte Annäherung stattgefunden und auch der Kampf gegen Armut hat Erfolge vorzuweisen.³

Der Zugang zu zentralen öffentlichen Gütern wie Bildung und Gesundheit ist für große Teile der Bevölkerung nicht gesichert. Soziale Leistungen richten sich primär an öffentliche Bedienstete und Beschäftigte im formalen Sektor. Das ärmste Fünftel der Region erhält nur knappe zehn Prozent aller Sozialtransfers.

Vielen Ländern Lateinamerikas ist es nicht gelungen, stabile und in der Bevölkerung verankerte Parteiensysteme zu etablieren. Dadurch wurden nicht nur kohärente Reformen erschwert, sondern auch populistische Regierungen mit autoritären Zügen begünstigt.

In der Bevölkerung mangelt es an Vertrauen in die Politik. Viele Parteien haben sich bei den Wählern durch Korruption und Vetternwirtschaft diskreditiert. Auch die Enttäuschung bzw. Verbitterung über die geringe soziale Verantwortung eines Großteils der nationalen Eliten hat ihren Ausdruck in einem radikal veränderten Wahlverhalten gefunden.

Die Region ist wieder stärker von Rohstoffexporten abhängig als gegen Ende des 20. Jahrhunderts. Die Erlöse aus dem Verkauf von Rohstoffen wurden allerdings nicht nachhaltig investiert: Erlöse aus dem Rohstoffexport wurden nicht genutzt, um die Wirtschaften nachhaltig zu entwickeln, und eine konkurrenzfähige, breit angelegte Industrie zu schaffen.

Die Volkswirtschaften Lateinamerikas sind nicht ausreichend miteinander vernetzt. Dies wird deutlich an der Vielzahl unterschiedlicher (sub-) regionaler Initiativen, die einen unterschiedlichen Integrationsgrad aufweisen: Die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR), die Andengemeinschaft (CAN), der Gemeinsame Markt des Südens (MERCOSUR) und die 2010 neu gegründete Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten (CELAC).

³ Mussten im Jahr 2000 nach Angaben der Weltbank noch ca. 40% der Bevölkerung mit weniger als 4 US-\$ am Tag auskommen, sind dies inzwischen nur noch 23% der Bevölkerung. Die extreme Armut, wie sie im Rahmen der Millenniums-entwicklungsziele definiert war, sank seit 1990 von 13% auf 4% der Bevölkerung.

Ordnungspolitisch bewegen sich die derzeitigen Regierungen Lateinamerikas auf zwei völlig unterschiedlichen Bahnen:

Auf der einen Seite stehen konservative und sozialdemokratische Regierungen, wie in den Ländern der „Pazifik-Allianz“ – Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru. Sie verfolgen mit großem Erfolg ein „Modell des offenen Marktes“ mit hoher Weltmarktintegration und wenden sich den dynamischen Wachstumsmärkten Asiens zu.

Auf der anderen Seite bemühen sich die populistischen Regierungen in Venezuela, Bolivien, Ecuador und Nicaragua, staatszentrierte Wirtschaftskonzepte neu zu beleben. Sie haben sich mit anderen Staaten im ALBA Bündnis⁴ zusammengeschlossen.

Seit dem „Schlüsseljahr 2015“ zeichnet sich mit dem Ende des „linken Jahrzehnts“ eine politische Zeitenwende ab. Aktuell fordern folgende Entwicklungen unsere besondere Aufmerksamkeit:

In Argentinien regiert seit Dezember der konservative Präsident Mauricio Macri. Wenngleich er vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen steht, lässt sein Reformkurs auf eine positive Entwicklung hoffen. In wenigen Monaten hat er den Devisen- und Kapitalverkehr freigegeben, Außenhandelschranken abgebaut und die seit dem Staatsbankrott von 2001 verschleppten Schuldenkonflikte gelöst. Unter Macri könnte es eine Annäherung zwischen dem Mercosur und der Pazifik-Allianz geben, und auch die Verhandlung für einen Freihandelsvertrag zwischen Mercosur und der EU könnte neue Unterstützung erhalten.

Venezuela leidet unter einer katastrophalen wirtschaftlichen und humanitären Entwicklung. Fest steht: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts unter Chávez und Maduro ist genauso gescheitert wie der des 20. Jahrhunderts. Einen Lichtblick stellten die Parlamentswahlen im Jahr 2015 dar. Anfang 2016 trat das neue Parlament zusammen, in dem die liberal-konservativen Parteien über eine Zweidrittelmehrheit verfügen. Konterkariert wurden diese positiven Entwicklungen durch das Vorgehen der chavistischen Regierung. Präsident Nicolás Maduro versucht mit allen Mitteln, die Rechte der Oppositionsparteien zu unterdrücken und an der Macht zu bleiben.

In Brasilien wurde Präsidentin Dilma Rousseff vorzeitig ihres Amtes enthoben. Zur Begründung führte die Parlamentsmehrheit Ungereimtheiten bei der Aufstellung des Bundeshaushalts auf. Die Enthebung war im Land umstritten. Ihr konservativer Nachfolger Michel Temer versucht nun, sich mit einem wirtschaftspolitischen Reformkurs, der u.a. eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Privatisierungen und eine Steigerung des Renteneintrittsalters beinhaltet, von der Politik

⁴ Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerika – Handelsvertrag der Völker, spanisch: „Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América – Tratado de Comercio de los Pueblos“, ALBA-TCP

seiner Vorgängerin abzusetzen. Das Land steht derzeit jedoch weiterhin unter dem Eindruck der laufenden Korruptionsermittlungen.

In Chile wird am 19. November 2017 das Präsidentenamt sowie das Parlament und Teile des Senats neu gewählt. Nach Ende der Militärdiktatur ist die Rückkehr zur Demokratie heute in vielen Bereichen erfolgreich abgeschlossen. Angesichts soliden Wachstums ist Chile ein wirtschaftlich stabilisierender Faktor in der Region. Nach wie vor ist der Bergbau, insbesondere die Förderung und der Export von Kupfer - zunehmend aber auch Metalle wie Lithium – ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Darüber hinaus profiliert sich das Land als aktiver internationaler Partner zum Schutz der Meere. Für die weitere demokratische Konsolidierung Chiles muss jedoch an einer Verbesserung der allgemeinen politischen, gesellschaftlichen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen im Land gearbeitet werden. Verheerende Waldbrände haben das Land Anfang 2016 gezeichnet. Die Bundesregierung hat in Höhe von 200.000 Euro humanitäre Soforthilfe geleistet.

In Peru wurde im Juni 2016 mit Pedro Pablo Kuczynski ein wirtschaftsliberaler Präsident gewählt. Neben einer Erleichterung der Investitionsauflagen setzt er auf eine Diversifizierung der peruanischen Wirtschaft, die noch zu einseitig auf Erzexporte nach China ausgerichtet ist. Ziel der Regierung ist es, neue Marktbereiche zu erschließen, vor allem in der Agrarindustrie und dem Tourismus.

In Kuba implizieren die neue politische Öffnung und die damit verbunden wirtschaftlichen Chancen durch neue Investitionen leider keine direkte Stärkung der Demokratie. Das Land ist weiterhin Teil der Riege linkspopulistischer Regierungen und die Lage der Menschenrechte, der Zivilgesellschaft sowie rechtsstaatlicher Standards ist kritisch. Wichtige Freiheitsrechte bleiben stark eingeschränkt. Zentrale Reformen werden nicht angegangen.

In Bolivien zeichnet sich die Möglichkeit eines politischen Wechsels ab. Im Februar 2016 wurde in einem Volksreferendum entschieden, dass sich der linke indigene Präsident Evo Morales, der bereits jetzt so lange regiert wie kein Staatspräsident zuvor, nicht ein viertes Mal in Folge um das Präsidentenamt bewerben darf. Damit muss der sozialistische Präsident 2020 sein Amt abgeben.

In Kolumbien wurde der bereits seit Jahrzehnten andauernde innerstaatliche bewaffnete Konflikt zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC⁵ mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrages offiziell beendet. Die Umsetzung wird das Land in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen stellen, wie die überraschende Ablehnung des Friedensschlusses durch ein Referendum verdeutlicht hat. Der Kirche wird dabei weiterhin eine Schlüsselrolle als Vermittler zukommen.

Deutschland hat sich aktiv für den Friedensprozess eingesetzt. Im Juli 2016 hatte der Bundestag mit einem koalitionsübergreifenden Antrag zur Unterstützung des

⁵ Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia - Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens

Friedensprozesses dafür ein deutliches Zeichen gesetzt, das auch in Kolumbien selbst sehr positiv aufgenommen wurde.

Für Deutschland und Europa bietet sich angesichts dieser internen Veränderungen ein besonderes Fenster der Gelegenheit zur Revitalisierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den Ländern Lateinamerikas. Dazu tragen auch die Veränderungen im geopolitischen Umfeld bei:

Die USA unter ihrem neuen Präsidenten Donald Trump legen den politischen Fokus auf ihr eigenes Land. Ihre Partner und Verbündete weltweit müssen sich auf diese veränderte Außenpolitik einstellen. Die neue Administration stellt Freihandelsabkommen wie zwischen Mexiko, den USA und Kanada (NAFTA) in Frage und setzt scheinbar auf Abschottung und Protektionismus.

Zeitgleich nimmt der Einfluss Chinas in der Region zu. Der chinesische Präsident hat angekündigt, den Freihandel im asiatisch-pazifischen Raum und den Abschluss bilateraler Abkommen zu fördern. In den kommenden Jahren möchte China 250 Milliarden Dollar in Lateinamerika investieren. Allein der Handel zwischen beiden Regionen ist von 2000 bis 2013 um das 22-fache, auf 275 Milliarden Dollar gewachsen. Der Anteil Chinas an den gesamten Importen der Region stieg dabei von 2 auf 16 Prozent. Auch bei Darlehen an Länder der Region haben chinesische Finanzmittel inzwischen die der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der U.S. Export-Import Bank zusammengerechnet übertrafen.

Global gesehen steht Lateinamerika aufgrund der politischen Entwicklungen in anderen Weltregionen im verstärkten Wettbewerb um internationale Aufmerksamkeit. Europa und Deutschland müssen Antworten auf eine Vielzahl außenpolitischer Herausforderungen finden. In Asien vollzieht sich eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung. Gleichzeitig nehmen regionale Spannungen zu, z.B. im Südchinesischen Meer. In Afrika stehen teilweise starkem wirtschaftlichem Wachstum eine Vielzahl von Krisen und Konflikte gegenüber. Die Bevölkerung wächst rasant und der Migrationsdruck auch auf Europa steigt. Im Mittleren Osten spitzt sich die politische Lage zu, die Region ist durch den Verfall staatlicher Ordnungsstrukturen und Machtrivalitäten (u.a. Iran und Saudi-Arabien) gekennzeichnet.

III. Konsequenzen für Deutschland und Europa: Gemeinsame Werte teilen – Gemeinsam Herausforderungen angehen

Die Beziehungen zu Lateinamerika als ein traditioneller und für die Zukunft wichtiger Partner müssen gestärkt werden. Deutschland wird als politisch zuverlässiger und wirtschaftlich starker Partner wahrgenommen. Aufgrund der beschriebenen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen sehen wir zurzeit ein Zeitfenster der Gelegenheit. Es ermöglicht uns als CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag, intensiver mit Lateinamerika zusammenzuarbeiten und gemeinsame Politiken zu verfolgen.

1. Wir müssen uns aktiv einsetzen für die Aufrechterhaltung einer auf Regeln gegründeten internationalen Ordnung, die von verschiedenen Akteuren zurzeit in Frage gestellt wird. Lateinamerika ist und bleibt dabei eine wichtige, historisch eng verbundene Partnerregion. Wir müssen die Partnerschaft mit Lateinamerika pflegen und weiter ausbauen, um dem politischen Dialog in allen Politikbereichen zwischen beiden Seiten eine neue Qualität zu verleihen. Gemeinsam können wir die Globalisierung im Sinne unserer Werte und Interessen prägen.
2. Die Menschen in Lateinamerika fordern mehr politische und gesellschaftliche Teilhabe und sind bereit, sich mehr in politische Prozesse einzubringen. Auch die Parteienlandschaft in Lateinamerika verändert sich. Wir müssen historisch gewachsene Partnerschaften pflegen und zeitgleich offen für die Zusammenarbeit mit neuen Akteuren bleiben. Insbesondere junge Menschen sollten dabei angesprochen und ihr Interesse an Europa geweckt werden. Neben der Zivilgesellschaft hat die Kirche eine wichtige gesellschaftliche Rolle inne. Es bestehen gute Voraussetzungen dafür, dass wir uns zusammen mit unseren Partnern im Sinne des „Good Governance“ für eine demokratische Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und die Umsetzung von Rechts- und Justizreformen sowie Stärkung der Indigenen- und Menschenrechte einsetzen. „Good Governance“ schließt auch Finanzverwaltung, Steuer- und Haushaltspolitik, Anti-Korruptionspolitik und den Ausbau rechtsstaatlicher Kontrollinstanzen ein.
3. Die auf fortgeschrittene Partnerländer zugeschnittene entwicklungspolitische Zusammenarbeit der Bundesregierung soll weiter signifikante und auf gegenseitigen Nutzen ausgerichtete Beiträge leisten. Schwerpunkte des gemeinsamen Handelns orientieren sich am Bedarf der Partner, der Leistungsfähigkeit Deutschlands und an der Umsetzung globaler internationaler Vereinbarungen. Viele lateinamerikanische Länder erweisen sich dabei als sehr verlässliche Partner. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit liegt beim Schutz der globalen Güter, Umwelt und Klima. Darüber hinaus geht es z.B. auch um den Kampf gegen organisierte Kriminalität, Drogen und gegen Femizide. Auch bei der grenzüberschreitenden Vernetzung von Wissenschaft, Forschung, Bildung und Kultur sowie bei der Unterstützung beim Abbau sozialer Ungleichheiten und bei der Stärkung der Zivilgesellschaft sollte im Rahmen des breiten Spektrums der in Lateinamerika eingesetzten entwicklungspolitischen Instrumente weiterhin Unterstützung angeboten werden. Die Ermunterung zur verstärkten Einbeziehung der lateinamerikanischen Expertise beim Austausch zwischen den lateinamerikanischen Partnern soll weiter flankiert werden.
4. Die Länder der Region sind als politische Partner und auch als Wirtschaftspartner in einer globalisierten Welt wichtiger und umworbener als zuvor. Das zunehmend selbstbewusste Auftreten Lateinamerikas

gegenüber internationalen Partnern und Gremien sollte uns ein Ansporn sein, der Region unsererseits ebenfalls die notwendige Aufmerksamkeit zu widmen, um keine einseitigen Abhängigkeiten als reiner Rohstoffexporteur oder von einzelnen Handelspartnern entstehen zu lassen. Dem chinesischen Engagement in der Region sollten wir konstruktiv eine eigene Politik zur Seite stellen.

5. Deutschland und die EU sollten zu einer vertieften regionalen Zusammenarbeit in Lateinamerika ermutigen. Dabei haben wir die größte Aussicht auf Erfolg, wenn wir die politischen Partner stärken, die unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell teilen.
6. Die Mitgliedsländer des MERCOSUR Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay und Venezuela erwirtschaften fast 40% des gesamten BIP Lateinamerikas. Die deutsche und europäische Industrie hat eine besonders starke Stellung im MERCOSUR. Die Länder der Pazifik-Allianz könnten sich zu einer Drehscheibe des Handels zwischen Atlantik und Pazifik entwickeln und so von der wirtschaftlichen Dynamik in Ostasien profitieren. Bei einer erfolgreichen marktwirtschaftlichen Integration könnten vor allem der MERCOSUR und die Pazifik Allianz ihren Mitgliedern die Möglichkeit bieten, die Wertschöpfungsketten in den Mitgliedsländern zu verlängern und ihre Industrien insgesamt zu stärken. Zukünftig könnte so die einseitige Abhängigkeit der Länder von Rohstoff- und Agrarexporten reduziert werden.
7. Wir müssen uns für faire und entwicklungsfreundliche Handelsabkommen einsetzen. Die EU unterhält bereits bilaterale Freihandelsabkommen mit den Mitgliedsländern der Allianz. Insbesondere die Verhandlungen zwischen dem MERCOSUR und der EU müssen weiter unterstützt und vorangebracht werden. Die Chancen nach den Regierungswechseln in Argentinien und Brasilien müssen genutzt werden. Es liegt im Interesse Deutschlands, sich sowohl bilateral als auch im Rahmen einer gemeinsamen EU-Lateinamerika Politik, wie bei der Zusammenarbeit mit den Staaten im Verbund des MERCOSUR, CELAC oder der Pazifik-Allianz stärker einzubringen.
8. Lateinamerika ist für Deutschland ein wichtiger Produktionsstandort und ein stetig wachsender Absatzmarkt. Mit der Wirtschaftskraft wächst auch der Bedarf an Modernisierung und Ausbau der Infrastruktur in der Region und eröffnet Perspektiven für die deutsche Wirtschaft. Eine gezielte Außenwirtschaftsförderung kann deutschen Firmen helfen, in lateinamerikanische Märkte zu investieren. In diesem Zusammenhang ist Deutschland auch daran interessiert, sein Netz von Doppelbesteuerungsabkommen auch im Verhältnis zu lateinamerikanischen Staaten weiter auszubauen. Darüber hinaus müssen wir zusammen mit unseren Partnern vor Ort für die Schaffung von Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum, eine nachhaltige

Gestaltung von Wertschöpfungsketten im Bereich der agrarischen und mineralischen Rohstoffe unter Einhaltung internationaler Vereinbarungen zu Sozial- und Umweltstandards und menschenwürdiger Arbeit einsetzen. Durch engere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sollten zusätzliche Potentiale gehoben werden für den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen bei Durchsetzung internationaler Umwelt- und Sozialstandards, der Förderung von Investitionen in beide Richtungen sowie bei der Diversifizierung der Wirtschaftsmodelle.

9. Die Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) gilt für alle Staaten dieser Welt. Ihre Umsetzung stellt die grundlegende Voraussetzung für eine breite Teilhabe an Wohlstand und Entwicklung auch in Lateinamerika dar. Damit sich die Gesellschaften friedlich, inklusiv und freiheitlich entwickeln, extreme Armut vermindert und Ressourcen geschützt werden, ist neben der ökologischen Nachhaltigkeit die Schaffung von Zusammenhalt geprägter Gesellschaften eine zentrale Herausforderung. Überregionale Zusammenarbeit ist dabei von besonderer Bedeutung, um beispielsweise Sozialstandards systematisch zu verankern, eine flächendeckende Ausbildung und einen effektiven Klima-, Wald- und Biodiversitätsschutz zu gewährleisten. Wir sollten Lateinamerika auf diesem Weg unterstützen und uns gegenüber Lateinamerika für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens einsetzen.
10. Multipolarität und geopolitische Machtverschiebungen können das Resultat des wirtschaftlich, politisch und militärisch weiter wachsenden Einflusses von Schlüsselstaaten auch in Lateinamerika sein. Diese dynamischen Wachstumsgesellschaften untermauern ihren Anspruch auf stärkeren Einfluss in regionalen und globalen Fragen auch durch eine deutliche Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben und eine intensivere Koordinierung ihrer Interessen im Rahmen neuer Kooperationen. Bilaterale Beziehungen bilden daher eine unverzichtbare Grundlage zur Ausgestaltung deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Entwicklung und Pflege der Partnerschaften zu Lateinamerika haben daher besondere Bedeutung. Ein zentrales Prinzip deutscher Sicherheitsvorsorge ist regionale Stabilität durch enge Kooperationen zu fördern. Bilaterale sicherheitspolitische Beziehungen mit ausgewählten Partnerstaaten mit besonderer sicherheits- und verteidigungspolitischer Bedeutung außerhalb von NATO und EU, wie in Lateinamerika mit Brasilien, Argentinien und Chile, unterstützen und ergänzen deutsche Aktivitäten in entsprechenden Strukturen und tragen zu regionaler und innerstaatlicher Stabilität bei. Entwicklung und Pflege von sicherheitspolitischen Partnerschaften und Kooperationen als Teil der multinationalen Integration und globalen Zusammenarbeit im Verständnis moderner Verteidigungsdiplomatie kommt ein

besonders hoher Stellenwert zu. Dabei kann auch die Bundeswehr zukünftig einen wertvollen Beitrag leisten.

11. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Grundlagen für einen sukzessiven und nachhaltigen Strukturwandel hin zu modernen Wissensgesellschaften. Die Förderung freier Forschung und Lehre und die Ausbildung künftiger Eliten in wissenschaftlichem Dialog tragen zudem zur Friedenssicherung und zur demokratischen Transformation bei. Internationale Wissenschaftskooperationen ermöglichen die Festigung politischer Beziehungen im vorpolitischen Raum. Die bereits bestehenden Ansätze binationaler sowie biregionaler Kooperationen zwischen der EU und den karibischen und lateinamerikanischen Staaten beim Auf- und Ausbau von Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungssystemen und der Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern zwischen Deutschland und Lateinamerika sollten daher gestärkt werden, um die Potenziale Lateinamerikas besser zu fördern. Aus wirtschafts- wie sozialpolitischer Perspektive gilt es gemeinsam mit den lateinamerikanischen Partnern entsprechend ihrer Bedürfnisse Grundlagen eines dualen Ausbildungssystems zu implementieren, um die Bildungs- und Erwerbschancen breiter Bevölkerungsschichten zu erhöhen.
12. Viele Länder der Region verfügen über sehr gute Universitäten und Hochschulen sowie exzellente Wissenschaftler mit teilweise langjährigen engen Beziehungen zu Deutschland und Europa. Deutschland verbindet mit vielen Ländern seit Jahrzehnten eine erfolgreiche und bewährte wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit sollte in Übereinstimmung mit dem sich entwickelnden Potenzial der Region schrittweise ausgebaut und verstärkt werden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeber: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin